

**Beginn: 17.06 Uhr**

**Schluss: 18.33 Uhr**

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die zweite Sitzung des Rates in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und alle Mitglieder des Rates.

Nach mir vorliegenden Meldungen ist heute Frau Wolter entschuldigt.

Wir kommen direkt zum Inhalt unserer heutigen Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte Herr Uckermann eine persönliche Erklärung abgeben. Dafür haben Sie laut Geschäftsordnung eine Redezeit von drei Minuten. – Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! So lange wird es nicht dauern. – Ich wollte mein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, dass heute Bezirksvertretungssitzungen sind, in Mülheim – aus dem Grund ist unsere Fraktionsvorsitzende nicht da – und in Ehrenfeld. Man war für beide Gremien in derselben Gebietskörperschaft wählbar. Dann muss es möglich sein, dass man dieses Amt auch wahrnehmen kann. Ich möchte Sie bitten, in Zukunft dafür Sorge zu tragen, dass man sein Mandat auch in der vorgeschriebenen Form ausüben kann.

Ich werde auch gleich die Sitzung verlassen.

(Zurufe: Oh!)

Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Damit kommen wir direkt zur Tagesordnung:

Zum Glück ist sie diesmal relativ übersichtlich. Ein nachträglich eingegangener Änderungsantrag ist unter TOP 2 aufgeführt. Heute geht es ausschließlich um die Einbringung des Haushaltes 2010. Ich schlage Ihnen vor, dass wir die beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam beraten und anschließend getrennt darüber abstimmen. Gibt es dazu Gegenmeinungen? – Das ist

nicht der Fall. Dann steigen wir direkt ins Thema ein:

**1. Einbringung des Hpl.-Entwurfs 2010  
4400/2009**

**2. Haushaltsplan-Entwurf 2010  
hier: Festsetzung der bezirksbezogenen  
Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO  
NRW für das Hj. 2010  
3952/2009**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion  
Die Linke.Köln und von Ratsmitglied  
Dr. Müser (Freie Wähler - Kölner Bürger-  
Bündnis) betreffend „Festsetzung der  
bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach §  
37 Abs. 3 GO NRW für das Hj. 2010“  
AN/1722/2009**

Es ist guter Brauch, dass der Oberbürgermeister zu Beginn der Einbringung des Haushaltes einige grundsätzliche Überlegungen anstellt. Das will ich jetzt tun.

Meine Damen und Herren des Rates! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung! Verehrte Gäste auf der Zuschauertribüne und aus den Redaktionen!

Mit dieser Ratssitzung schlagen wir das schwierigste Finanzkapitel der Kölner Nachkriegsgeschichte auf. Wir, der neu gewählte Rat dieser Stadt und der neu gewählte Oberbürgermeister, machen heute Kassensturz und stellen als Eröffnungsbilanz fest: Unsere Stadt befindet sich in einer tiefgreifenden Finanzkrise von wahrhaft bedrohlichem Ausmaß für die Strukturen unserer Stadtgesellschaft.

Herr Stadtkämmerer Dr. Walter-Borjans wird Ihnen gleich die Details nennen, deshalb von hier aus nur ein Hinweis auf die gnadenlosen Zwänge alleine für das Haushaltsjahr 2010: Nach bereits eingerechneten Einsparungen von rund 160 Millionen Euro und nach Rückgriff auf 150 Millionen aus der Ausgleichsrücklage bleibt für das Jahr 2010 immer noch ein Fehlbetrag von rund 220 Millionen Euro. Dieses Defizit ist vor allem ein strukturelles Defizit. Die Summe muss also auf Dauer eingespart werden. Die konkreten Sparnotwendigkeiten wird der Kämmerer noch sehr eindringlich artikulieren.

Wir müssen ganz klar sehen: Über Köln zieht eine Schlechtwetterfront auf. Deshalb gilt es jetzt, unsere Stadt wetterfest zu machen, auch in der Hoffnung, dass die Sonne bald wieder kräftig scheinen möge.

Unsere derzeitige Finanzkrise hat unterschiedliche Ursachen. Teils sind es äußere Einflüsse, denen wir ausgesetzt sind. Da ist es unsere Aufgabe, die negativen Wirkungen so weit wie möglich abzufedern. Aber wir müssen uns auch an unsere eigene Brust klopfen. Für eine Reihe von Finanzproblemen trägt die Politik der vergangenen Jahre die Verantwortung. Und ich sage bereits jetzt: Mein Vorgänger hat mir eine schwere Hypothek hinterlassen

(Beifall bei pro Köln – Karl Jürgen Klipper [CDU]: Der Rat hat entschieden, Herr Oberbürgermeister!)

- er hat bestimmte Vorgänge unterschrieben -, mit Finanzbelastungen, an denen selbst Herkules schwer zu tragen hätte.

Zu den äußeren Faktoren: Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise holt uns jetzt, mit einer gewissen Verzögerung, aber mit voller Wucht ein. Zu dem Zeitpunkt, zu dem die ersten Anzeichen einer konjunkturellen Belebung vorausgesagt wurden, brachen unsere kommunalen Einnahmen dramatisch ein. Und wie in kommunizierenden Röhren steigen gleichzeitig unsere Ausgaben.

Wir haben noch das Lied der Neoliberalen von der selbstregulierenden Kraft des Marktes in den Ohren: Abbau der Staatsquote, schlanker Staat, Privat vor Staat. Die Marktwirtschaft werde schon alles alleine richten. Jetzt stehen wir vor dem Scherbenhaufen dieser Politik. Unsere Bürgerinnen und Bürger werden hautnah zu spüren bekommen, was es heißt, staatliche und kommunale Aufgaben abzubauen. Sie werden darunter zu leiden haben, wenn kommunale Dienstleistungen nicht in dem gewohnten Umfang erbracht werden können. Die marktradikale Politik hat unserem Staat und unserer Kommunalpolitik einen schweren Schaden zugefügt.

Wir müssen aus dieser Katastrophe unsere Lehren ziehen. Wir brauchen eine starke, handlungsfähige öffentliche Hand. Wir brauchen eine starke Kommune, die die öffentliche Daseinsvorsorge garantiert und die Kraft hat, die Zukunft zu gestalten. Allen Neoliberalen, die uns jetzt wieder glauben machen wollen, es sei die Zeit der Privatisierung gekommen, denen erteilen wir eine eindeutige Absage.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen – Karl Jürgen Klipper [CDU]: Gab es keine Regierungsbeteiligung der SPD? So kurz kann das Gedächtnis doch nicht sein!)

Die Kernaufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge bleiben bei uns in öffentlicher Verantwortung.

Meine Damen und Herren, die Finanzkrise macht unübersehbar klar, dass die kommunale Finanzverfassung in Deutschland zwingend neu gestaltet werden muss. Hier vor Ort werden die Dienstleistungen erbracht. Hier vor Ort muss deshalb eine eigenständige, auskömmliche Finanzierung dieser Aufgaben etabliert werden. Bei diesem Prozess stehen wir jetzt am Start, und den wird niemand verhindern. Dafür werden wir Städte sorgen.

Lassen Sie mich einen wichtigen Grund für die Schiefelage unserer Stadtfinanzen nennen: Es ist unübersehbar, dass Bund und Land die kommunale Ebene für eigene Sparaktionen missbrauchen. Ich bin mir mit meinen Oberbürgermeister-Kollegen einig: Da kommt Schlimmes auf uns zu. Die willkürliche Verlagerung von Aufgaben auf die Kommunen ohne angemessenen Finanzausgleich ist in höchstem Maße unlauter. Sie ist außerdem ineffektiv, und sie führt nicht zu Einsparungen, sondern zu größeren Kosten. Ich darf hier versprechen: Der Oberbürgermeister wird nicht tatenlos zusehen, wenn eine Landesregierung oder eine Bundesregierung Lasten ohne Finanzausgleich auf die Kommunen abschiebt und damit die Menschen trifft, die unsere Hilfe dringend benötigen.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Das nämlich ist das wahre Problem. Die Politik in Bund und Land trifft ja letztlich nicht die Stadt, sondern die Menschen hier in Köln.

Einige Beispiele: Das Land Nordrhein-Westfalen hat 2008 die Aufgaben der Versorgungsverwaltung auf die Kommunen übertragen. Diese Sparaktion musste mit sehr kurzen Fristen Hals über Kopf abgewickelt werden. Niemand weiß, was dieser Schnellschuss unter dem Strich gekostet hat. Fest steht jedoch, dass die Stadt Köln diese Sparaktion des Landes alleine im Jahr 2009 mit rund 1,2 Millionen Euro bezahlt hat. Diese Summe wird im Landeshaushalt eingespart und fehlt in unserem Etat.

Ein zweites, gravierenderes Beispiel: Zwischen 2006 und 2009 hat das Land bei den Kommunen insgesamt 1,8 Milliarden Euro zu viel für den Aufbau Ost abkassiert. Der Stadt Köln wurden 136 Millionen Euro zu viel abgefordert.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Die sind doch zurück zum größten Teil!)

- Hören Sie zu, Herr Klipper: Nach massiven Protesten der kommunalen Spitzenverbände und einem Urteil des Landesverfassungsgerichts hat das Land bislang lediglich 49 Millionen Euro an Köln zurück überwiesen. Die Rückzahlung der restlichen 87 Millionen wird von der Düsseldorfer Staatskanzlei verweigert. Und den Kölnerinnen und Kölnern fehlt dieser zweistellige Millionenbetrag im Stadthaushalt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bundesregierung steht dem Land in nichts nach. Wir sehen mit Sorge darauf, dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im kommenden Jahr nicht entspannen, sondern nach Auslaufen der Kurzarbeit möglicherweise deutlich verschlechtern wird. Dies hat zumindest mittelfristig Auswirkungen auf die sogenannten Hartz-IV-Leistungen und damit die von der Stadt Köln zu tragenden Kosten der Unterkunft. Der Entwurf des Haushaltsplanes 2010 sieht hierfür 305 Millionen Euro vor.

Während sich der Bund in 2007 noch mit 31,2 Prozent an diesen Kosten beteiligt hat, sind es in 2010 voraussichtlich nur noch 25,4 Prozent – eine Entscheidung, das gebe ich zu, die von der Großen Koalition getroffen wurde.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Genau!)

Würde der Bund die Förderquote von 2007 wieder einführen, hätten wir Mehrerträge von rund 17,7 Millionen Euro. Das wäre ein namhafter Beitrag zur Lösung der Probleme.

Von solchen Überlegungen ist die Bundesregierung weit entfernt. Sie beabsichtigt vielmehr – man höre genau zu –, die Kostenbeteiligung noch weiter zu reduzieren, nämlich auf 23,6 Prozent. Gegenüber dem Haushaltsplanentwurf würde das eine weitere Verschlechterung um 5,45 Millionen Euro bedeuten.

Und damit ist es noch längst nicht getan: Die neue Bundesregierung hat den Bürgern und Bürgerinnen deutliche Steuerentlastungen versprochen. In weiten Teilen sind die beabsichtigten Maßnahmen und deren Finanzierung noch nicht bekannt. Konkret für das kommende Jahr vorgesehen ist jedoch bereits eine Senkung der Einkommensteuer, zum Beispiel durch die Erhöhung der Kinderfreibeträge. Diese Aktion in Berlin ist ein sittenwidriger Vertrag zulasten Dritter.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Ja-woh!! – Karl Jürgen Klipper [CDU]: Das

Bundesverfassungsgericht hat das entschieden! So ein Quatsch!)

Er wird nach einer ersten Berechnung ein Loch von rund 9 Millionen Euro in unsere Kölner Kasse reißen. Und damit dies klar ist: Weder diese noch andere Berlin-Lasten sind im Haushaltsplanentwurf 2010 berücksichtigt.

Leider können wir dem Beispiel von Bund und Land nicht einfach folgen. Wir können die Finanzlasten nicht weiterreichen. Wir sind das letzte Glied in der Kette. Es wäre natürlich schön, wenn unseren Bürgerinnen und Bürgern freier Eintritt in alle städtischen Einrichtungen gewährt werden könnte und wir die Rechnung dann mal eben an die Landes- und Bundesregierung schieken könnten. Schön wär's!

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Aber schauen wir nicht nur auf andere. Ich will hausgemachte Fehler nicht verschweigen, alleine schon deshalb, weil wir alles daransetzen müssen, sie nicht zu wiederholen.

Bei neuen Aufgaben sind in der Vergangenheit nicht selten die finanziellen Folgelasten zu wenig beachtet worden. Betriebs- und Folgekosten müssen wir künftig stärker in den Blick nehmen. Einzelnen städtischen Unternehmen oder Institutionen wurden in zum Teil unverantwortlicher Weise Risiken aufgebürdet, unter denen sie und wir nun zu leiden haben.

Die Sparkasse KölnBonn ist auf einem schwierigen, aber erfolgversprechenden Weg der Konsolidierung. Meine volle Zustimmung hat der Sparkassenvorstand für seine Zielsetzung, sich auf das Kerngeschäft, die Versorgung von Privatkunden und mittelständischen Unternehmen mit Krediten, zu konzentrieren.

Die KölnMesse stöhnt nicht nur unter der Bürde der Mietzahlungen an den Oppenheim-Esch-Fonds. Auch die Messeaktivitäten selbst müssen sich einer aufgabenkritischen Überprüfung stellen. Nur so ist die Messe im nationalen und internationalen Wettbewerb zukunftsfähig.

Beide Institutionen, Sparkasse und Messe, gehören zu unserer Stadt wie der Gürzenich oder die Kölner Kirchen. Es lohnt sich, alle Kraft aufzuwenden, beide wieder auf Erfolgskurs zu bringen.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen – Karl Jürgen Klipper [CDU]: Da

werden wir helfen! Aber die Ursachen muss man auch benennen!)

Und schließlich: In den vergangenen Jahren sind kostenintensive Großprojekte in Angriff genommen worden, ohne dass deren Umsetzung präzise organisatorisch und finanzpolitisch garantiert war. Ich erinnere an die Kostenexplosion beim Projekt Opernquartier. Auch hier gilt es, aus der Vergangenheit die entsprechenden Lehren zu ziehen: klare Strukturierung, klare Kostenkalkulation, effektive Kostenkontrolle.

Meine Damen und Herren, Köln ist wahrlich keine arme Stadt. Vermutlich könnten wir jedes einzelne unserer aktuellen Probleme alleine ganz ordentlich bewältigen. Das Zusammentreffen aller Risiken dagegen macht die Lage so außerordentlich schwierig.

Insbesondere die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise fordern uns politische Klugheit und Weitsicht ab. Wir müssen, bei allen Sparzwängen, sehr aufpassen. Gewachsene, bewährte und weitreichende Strukturen im Sozialbereich, für den Arbeitsmarkt, im Sport, in der Kinderbetreuung, im Schulbereich und in der Kultur dürfen nicht zerstört werden.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Wir müssen sehr genau abwägen, wo wir dauerhafte, strukturelle Spareffekte erreichen können und wollen und wo wir uns jetzt vielleicht zwar massiv, aber eben nur zeitweise bescheiden müssen, um die Durststrecke durch das Konjunkturtal zu überstehen. Ich habe für diese außerordentlich schwierige Aufgabe großes Vertrauen in die Kompetenz unserer Kämmerer und in die Bereitschaft der Fachdezernate zur konstruktiven Zusammenarbeit.

Wir müssen gleichzeitig darauf achten, dass wir die dringend gewünschten Impulse zur Konjunkturbelebung setzen, also investieren im Interesse unserer Wirtschaft und zum Erhalt von Arbeitsplätzen. Insofern hat die Umsetzung unseres städtischen Konjunkturpaketes eine hohe Priorität. Es gilt eine klare Ansage: Bis zum Ende des nächsten Jahres sind die Baumaßnahmen so auf den Weg zu bringen, dass sämtliche Mittel ausgegeben werden können.

Meine Damen und Herren, das Gemeindehaushaltsrecht gibt uns auch nicht die Möglichkeit, Ertragseinbrüche durch Kreditaufnahmen zu finanzieren. Wir müssen den vom Gesetzgeber geforderten Ausgleich unseres Stadtetats durch Ertragssteigerungen beziehungsweise Aufwands-

kürzungen erbringen. Dem fiktiven Haushaltsausgleich durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage sind mit Blick auf deren Bestand enge Grenzen gesetzt; darauf wird Herr Stadtkämmerer gleich noch eingehen.

Wenn es uns nicht gelingt – da spreche ich auch als ehemaliger Regierungspräsident –, die Forderungen der Gemeindeordnung zu erfüllen, droht uns unweigerlich das Haushaltssicherungskonzept. Voraussetzung für dessen Genehmigung ist die Wiederherstellung des Etatgleichs bis zum Jahr 2014. Das sind die knallharten Fakten und gesetzlichen Rahmenbedingungen für unsere komplizierte Sparaufgabe.

Zwischen diesen Begrenzungen müssen wir uns bewegen. Und wir alle sollten wissen, dass rechts und links keine Leitplanken stehen; die verformen sich bei einem Aufprall nach außen. Wir bewegen uns zwischen Betonmauern.

Die entsprechenden Vorschriften des Landes zur Haushaltssicherung sehen unter anderem die stufenweise Reduzierung der Aufwendungen für die freiwilligen Aufgaben vor. Der entsprechende Leitfaden für die Aufsichtsbehörden ist den Mitgliedern des Finanzausschusses in der vergangenen Ratsperiode ausgehändigt worden und kann auf der Internetseite des Innenministeriums eingesehen werden.

Sollte die Stadt sogar – was ich nicht hoffe – in das Nothaushaltsrecht abgleiten, finden die strengen Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung Anwendung. Der von mir schon genannte Leitfaden sieht unter anderem vor, dass in diesem Fall die Kreditaufnahmen auf maximal zwei Drittel der ordentlichen Tilgung beschränkt werden. Für Köln bedeutet dies eine Kreditaufnahme von nur 60,3 Millionen Euro. Erschwerend kommt dann hinzu, dass diese Einschränkung bis zur Genehmigung des Haushaltes oder eines Haushaltssicherungskonzeptes auch für die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen, zum Beispiel die Gebäudewirtschaft, gilt. Sie wissen, was dies für unsere Großprojekte und die Sanierung und den Ausbau der Kölner Schullandschaft bedeuten würde.

Aus meiner langjährigen Erfahrung als Regierungspräsident und damit als Chef der Kommunalaufsicht kann ich Ihnen versichern, dass der Weg aus einem Nothaushalt ein sehr, sehr dorniger ist. Wir müssen deshalb in unserem ureigenen Interesse das seit Jahren bestehende strukturelle Defizit im Stadthaushalt mit Augenmaß, aber nachhaltig abbauen. Es ist nicht vertretbar, dass wir nur in äußerst steuerstarken

Jahren in der Lage sind, unsere Aufgaben zu finanzieren. Wir müssen uns mit den Ausgaben an den Einkünften „durchschnittlicher“ Jahre orientieren. Die dort erzielten Erträge stellen die Richtschnur dar.

Aufgaben, Projekte und Strukturen werden durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung erledigt, verwirklicht und aufrechterhalten. Sachaufwendungen kann man mit einem Etatbeschluss schnell reduzieren. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aber haben zu Recht Anspruch auf einen sicheren Arbeitsplatz. Denn ich bin der festen Überzeugung, dass unsere Beschäftigten gute Arbeit machen. Die Stadtverwaltung Köln ist eine gute Verwaltung, die gute Arbeit abliefert.

Deshalb vertraue ich auf unsere eigenen Fähigkeiten, auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wenn wir uns so um die Zukunft kümmern. Da kommt neben dem strukturverträglichen Abbau von Aufgaben vor allem der internen Prozessoptimierung große Bedeutung zu. Wir werden diese Optimierung aber nur schaffen, wenn sie nicht „von oben“ über die Beschäftigten kommt, sondern in gemeinschaftlichen Prozessen und Zielprojektionen erarbeitet und schließlich konsequent in der Hierarchie umgesetzt wird.

Lassen Sie mich zum Abschluss kommen. Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht zulassen, dass sich die Finanzkrise geradezu lähmend auf die Stadt legt. Allen Schwierigkeiten zum Trotz haben wir auch heute die große Chance, die Zukunft dieser Stadt zu gestalten. Wenn wir also heute die Haushaltsdebatte für das Jahr 2010 starten, dann sollten wir nicht nur über Geld sprechen, sondern auch über Strukturen, Positionierungen und Erfolgsfaktoren, kurz: über die Zukunft dieser Stadt. Strukturen, Positionierungen und Erfolgsfaktoren müssen wir intelligent aufeinander abstimmen.

Vor diesem Hintergrund will ich unsere Großprojekte systematisch ordnen und präzise strukturieren:

- Zum Thema „Opernquartier“ wissen wir alle: Opern- und Schauspielhaus sind in der gegenwärtigen Form ab kommendem Jahr nicht mehr beispielbar. Ich werde Ihnen deshalb auf Grundlage durchkalkulierter Planungen als zwingend notwendigen Ersatz eine Basisversion mit optionalen Bausteinen zur politischen Diskussion und Entscheidung vorlegen.

- Die Entscheidung über den neuen Standort des Historischen Archivs ist getroffen. Dieses Leitprojekt werden wir unter wissenschaftlicher Begleitung und bürgerschaftlicher Beteiligung ab Beginn des neuen Jahres verwirklichen.

- Für die Archäologische Zone steht die Finanzzusage des Landes im Rahmen der Regionale 2010. Für das Jüdische Museum werden die erforderlichen Bau- und Kostenberechnungen noch in diesem Jahr erwartet. Sie bilden dann die Grundlage für die Gespräche mit den Fördergebern.

- Die Landesregierung steht vor der Entscheidung, den Fachhochschulstandort Köln umfangreich zu fördern. Erwartet wird ein schnelles und klares Votum der Stadt Köln zur Zukunft des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums der Fachhochschule Köln. Ohne dieses Votum drohen im Mai des kommenden Jahres dreistellige Millionenbeträge für Köln verloren zu gehen. Das darf nicht sein.

(Beifall von Karl Jürgen Klipper [CDU])

- Ich habe bereits darauf hingewiesen, wie wichtig eine exzellente Hochschullandschaft für Innovation und Wirtschaftswachstum in unserer Stadt ist. Die Universität und die Forschungseinrichtungen investieren derzeit in noch nie dagewesenem Umfang in den Kölner Standort. Dies ist uns sehr willkommen. Wir unternehmen alle Anstrengungen, diese Investitionen vonseiten der Stadt tatkräftig zu unterstützen. Dazu haben wir bereits eine zentrale Servicestruktur im Wirtschaftsdezernat geschaffen.

- Zwei Pläne verdienen darüber hinaus unsere volle Aufmerksamkeit: Der Masterplan Innenstadt und das integrierte Handlungskonzept Mülheim 2020. Beide sind bzw. werden entscheidende Regiebücher für Kölns Zukunft sein.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend noch eine Bemerkung zu unseren zentralen Zukunftsaufgaben hier in Köln machen: Wir haben den Dreiklang zu schaffen von sozialer Balance in unserer Stadt, Modernisierung unseres Schul- und Bildungssystems und erfolgreicher Integration.

Dieser Dreiklang ist der Grundton für die Weiterentwicklung unserer Stadtkultur. Diese Zielvorgabe muss unser gesamtes öffentliches Denken und Handeln wie ein roter Faden durchziehen. Die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt entscheidet

sich daran, wie wir diese Herausforderung bewältigen.

Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich gebe das Wort dem Stadtkämmerer Dr. Walter-Borjans.

**Stadtkämmerer Dr. Norbert Walter-Borjans:** Vielen Dank. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Am 5. Mai 2009 hat mich der Rat der Stadt Köln zum Stadtkämmerer bestellt. Dass die Führung des städtischen Haushalts keine einfache Aufgabe sein würde, war mir von vornherein klar. Schließlich hat die weltweite Finanzkrise auch unser Land und die Kommunen schwer getroffen. Sie haben dem Dezernenten für Wirtschaft und Liegenschaften diese Aufgabe zusätzlich gegeben. Das ist in der jetzigen wirtschaftlichen Situation eine besondere Herausforderung.

Bei allen Überlegungen, wie wir die Krise überstehen, schlagen immer zwei Herzen in meiner Brust. Wir müssen bei den einbrechenden Steuereinnahmen und unserem strukturellen Haushaltsdefizit sparen und Leistungen der Stadt einschränken. Zugleich dürfen wir aber nicht darin nachlassen, unsere Stadt für Investitionen attraktiver zu machen. Man könnte die Stadt mit einem Bewerber um einen Arbeitsplatz vergleichen: Diesem Bewerber würde ich auch nicht dazu raten, auf die freiwillige Investition in einen neuen Anzug zu verzichten, wenn dieser vielleicht ausschlaggebend für das zukünftige Einkommen ist.

Auch wir müssen gerade in dieser Situation darauf achten, dass wir für Interessenten, nicht nur Unternehmen, sondern auch für Studierende, für Touristen und für die Bürgerinnen und Bürger Kölns, attraktiv bleiben und attraktiver werden. Unsere gemeinsame Mammutaufgabe ist es, den Haushalt auf gesunde Füße zu stellen und wichtige Aufgaben nicht zu vernachlässigen, also etwas für unseren „Auftritt“ zu tun und deshalb neben Einsparungen an vielen Stellen an den richtigen Stellen auch zu investieren.

Die Verwaltung legt Ihnen nach dem Doppelhaushalt 2008/2009 heute den zweiten Haushaltsplanentwurf vor, der auf den Grundsätzen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements, des NKF, basiert. Schon im Zusammenhang mit dem Doppelhaushalt hat die Finanzverwaltung

betont, dass der Aufbau des Haushaltsplanes nichts Statisches ist, sondern sich weiterentwickeln muss. Der Ihnen jetzt vorliegende Entwurf weicht schon im Umfang deutlich von seinem Vorgänger ab. Deswegen rede ich auch ein bisschen länger. Er hat nicht nur im wahrsten Sinne des Wortes mehr Gewicht, sondern die Aussagekraft ist nach unserer Auffassung deutlich größer geworden. Statt bislang 34 Teilplänen hat der aktuelle Haushaltsplanentwurf jetzt insgesamt 99 Teilpläne. Das hat auch gute Gründe.

Im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt 2008/2009 haben die politischen Gremien nämlich mehrfach den Bedarf nach einer detaillierteren Darstellung geltend gemacht. Die ursprünglich gewählte starke Verdichtung auf 34 Teilpläne reichte nach ihrer Ansicht nicht aus, um die entscheidungsrelevanten Aspekte darzustellen; deshalb also jetzt 99 Teilpläne.

Die Grundstruktur im Aufbau der Teilpläne hat sich bewährt; die Ziele und die Kennzahlen sind aber noch verbesserungsfähig. Daran werden wir auch in Zukunft arbeiten.

Bevor ich auf die Einzelheiten des Haushaltsplanentwurfs 2010 eingehe, gestatten Sie mir ein paar Anmerkungen zur aktuellen Haushaltslage. Grundlage für die Berechnungen und Schätzungen der kommenden Haushaltsjahre und damit für den vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2010 ist zuallererst das laufende Jahr 2009. In diesem Jahr – der Oberbürgermeister hat es bereits angesprochen – ist die zunächst Finanz- und dann Wirtschaftskrise auch bei uns in Köln angekommen. Zu Beginn des Jahres 2009 war die Entwicklung der Steuereinnahmen noch durchaus zufriedenstellend; im zweiten Halbjahr fällt sie deutlich ab.

Schon am 22. Mai habe ich deshalb die Fraktionen und Einzelmandatsträger vor dem Hintergrund der Mai-Steuerschätzung auf zu erwartende erhebliche Einnahmeausfälle hingewiesen, vor allem bei der Gewerbesteuer und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Per Saldo zeichnete sich bereits damals eine Verschlechterung bei den Steuereinnahmen des Jahres 2009 um 122 Millionen Euro ab. Dieser Betrag hat sich in der Zwischenzeit fast verdoppelt.

Der Arbeitskreis Steuerschätzung hat im Mai für das laufende Jahr bei den Gewerbesteuerentnahmen ein drastisches Minus prognostiziert: 14,7 Prozent weniger als im Jahr 2008. Unter Berücksichtigung der Gewerbesteuerentwicklung im ersten Halbjahr haben wir für das Jahr 2009

beim Vorauszahlungssoll ein Aufkommen von 650 Millionen Euro geschätzt, gegenüber 750 Millionen, die im Haushaltsplan stehen; das sind 100 Millionen Euro weniger, als wir erwartet haben.

Bei den Veranlagungen bleibt die aktuelle Entwicklung ebenfalls erheblich hinter den Erwartungen zurück. Da haben wir zunächst gedacht: Die Veranlagungen beziehen sich auf frühere Zeiträume und sind daher nicht unbedingt von der Krise betroffen; wir können von den ursprünglichen Daten, nämlich 317 Millionen, ausgehen. Aber heute sind wir schon optimistisch, wenn wir von 200 Millionen ausgehen. Das sind also 117 Millionen weniger.

Im Vergleich zu anderen großen deutschen Städten steht unsere Stadt immer noch recht gut da, weil wir über einen gesunden Branchenmix aus großen Unternehmen und einem soliden Mittelstand verfügen. Der weniger starke Absturz ist aber immer noch ein dramatischer Absturz. Denn auch an unseren bedeutenden Großzahlern, vor allem den Versicherungen, aber auch den Banken und den großen Dienstleistern, geht die Krise nicht spurlos vorüber, auch deshalb, weil exportstarke Branchen, deren Umsätze durch den weltweiten Nachfragerückgang massiv einbrechen, in Köln besonders stark vertreten sind.

Insgesamt erwarten wir nach derzeitigem Erkenntnisstand für 2009 ein Gewerbesteueraufkommen von 850 Millionen Euro. Das sind 217 Millionen weniger als der Ansatz 2009. Selbst das ist eine optimistische, wenn auch nicht unrealistische Schätzung. Um diese zu erreichen, muss im letzten Monat noch eine Menge passieren. Anpassungsbedarf nach unten ist also nicht ausgeschlossen. Für 2010 prognostizieren die Orientierungsdaten des Landes Nordrhein-Westfalen einen weiteren, wenn auch geringeren Rückgang des Gewerbesteueraufkommens um 1 Prozent. Die aktuellsten Schätzungen, die uns gerade erst vorgelegt worden sind, gehen sogar von 2,6 Prozent aus. Das Problem ist: Das ist nicht nur konjunkturell bedingt. Gerade bei den Versicherern, unserem Hauptgewerbesteuerzahler, kommt eine strukturelle Veränderung hinzu: Durch die Aufhebung des Organschaftsverbotes können die Verluste der Krankenversicherungen mit den Gewinnen der Lebensversicherungen verrechnet werden. So kommt es, dass deutlich weniger Gewinne steuerpflichtig sind. Das führte zu einem Einbruch, der auch dann, wenn die Konjunktur wieder stärker ist, nicht ausgeglichen werden kann. Das gilt dann weiter.

Auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zeichnet sich für 2009, ebenfalls auf Basis der Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai, ein weiterer Einnahmeausfall ab. Da sah die Planung noch 398 Millionen Euro vor, jetzt rechnen wir mit 48 Millionen weniger, also mit 350 Millionen Euro. Auch 2010 wird uns einen weiteren deutlichen Rückgang bringen.

Der Haushaltsplan des Jahres 2009 weist einen Fehlbetrag von 102,5 Millionen Euro aus. Unter Berücksichtigung aller bisher bekannten Verbesserungen und Verschlechterungen erhöht sich dieser Betrag für das Jahr 2009 noch auf 125 Millionen Euro. Darin sind schon 90 Millionen Euro Verbesserung aus der Umsetzung der angeordneten Bewirtschaftungsmaßnahmen enthalten. Die Prozentzahlen von 5, 10 und 15 Prozent für die unterschiedlichen Kategorien, die wir seinerzeit genannt hatten, müssten eigentlich mehr bringen; aber wir haben „nur“ Einsparungen von 90 Millionen eingerechnet, weil wir der Tatsache Rechnung tragen, dass trotz aller Anstrengungen bei einem Teil der Ansätze die Vorgaben nicht eingehalten werden können.

Die Istentwicklung der Steuereinnahmen ist die wesentliche Berechnungsgrundlage für die Ansätze des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2010 und für die Folgejahre. Weitere Parameter waren die Ergebnisse der Steuerschätzung im Mai und die Orientierungsdaten des Landes.

Der jetzt vorgelegte Haushaltsplanentwurf 2010 ist, formell, nicht aber materiell ausgeglichen. Es bleibt bei einem erheblichen strukturellen Defizit. Wir geben einfach mehr aus als wir einnehmen. Im Rahmen der vor uns liegenden Beratungen müssen wir deshalb noch mindestens – auch das hat der Oberbürgermeister schon angesprochen – 220 Millionen Euro streichen, und das, obwohl wir schon Kürzungen von über 160 Millionen Euro eingeplant und die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage von 124 auf 154 Millionen erhöht haben. Hätten wir diese Bremsen nicht in diesem Zahlenwerk, stünden wir vor einer Lücke von 540 Millionen Euro, deutlich mehr als einer halben Milliarde Euro.

Die Aufkommenserwartung bei der Gewerbesteuer wird entsprechend den Vorgaben der Orientierungsdaten gegenüber 2009 noch einmal – ich habe es schon gesagt – um 1 Prozent sinken. Wir wissen aber: Es wird vermutlich noch etwas mehr. Deshalb haben wir im Gesamtansatz für 2010 zunächst 841,5 Millionen Euro für die Gewerbesteuer angesetzt. Für die Folgejahre rechnen wir dann wieder mit leichten Zuwachsraten, aber eben auf einem geringeren Niveau.

Sollte ein weiterer Rückgang von 2,6 Prozent eintreten, dann müssen wir von diesen Ausgangswerten noch einmal 13 Millionen abziehen.

Das Aufkommen der Gewerbesteuer wird durch die wirtschaftliche Entwicklung bestimmt. Seit ein paar Wochen deuten die Daten glücklicherweise auf eine Erholung der Konjunktur hin. Aber – das ist das Problem – die Steuerentwicklung hinkt üblicherweise hinterher. Es wird nicht mit dem Anziehen des Wachstums auch sofort wieder mehr Steuerzahlungen geben. Wir müssen uns von der Talsohle aus erst wieder langsam nach oben arbeiten. Um das einmal plastisch darzustellen: Wenn eine Position um 50 Prozent einbricht, dann muss sie um 100 Prozent zunehmen, um wieder das alte Niveau wieder zu erreichen. Es wird also einige Zeit dauern, bis wir die Werte des Jahres 2008 wieder erreicht haben werden. Ich erinnere noch einmal daran: Im Haushaltsplan 2009 und in der Finanzplanung für die Jahre 2010 bis 2012 hatten wir sogar moderate Steigerungen gegenüber 2008 vorgesehen. Jetzt müssen wir diese Prognose revidieren und uns für die kommenden Jahre auf deutlich geringere Erträge einstellen.

Auch der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer wird weiter sinken. Ich habe schon gesagt: In diesem Jahr waren ursprünglich knapp 400 Millionen geplant. Es werden wohl 350 Millionen. 2010 werden es nach unserer Berechnung 320 Millionen sein, und ab 2011 werden wir dann hoffentlich wieder Steigerungsraten sehen, zunächst um 6,5, dann um 7 und im Jahr 2013 um 5,5 Prozent. Aber das ist Zukunftsmusik.

Beim gesamten Steueraufkommen rechnen wir mit Wenigereinnahmen von insgesamt 381 Millionen Euro gegenüber der Finanzplanung für 2010. Das alles sind Prognosewerte, die im Fluss sind - allerdings eher mit Tendenz nach unten.

Wir werden die Entwicklung der Steuereinnahmen weiter kritisch beobachten und bis zur Beschlussfassung über den Haushaltsplanentwurf gegebenenfalls erforderliche Anpassungen nach unten oder nach oben vornehmen; wie gesagt, zu befürchten ist, dass die Anpassung eher nach unten erfolgen muss.

Auch die Schlüsselzuweisungen bleiben um rund 42 Millionen Euro hinter den Ursprungserwartungen zurück. Das hat einen fast schon schönen Grund: weil das Steueraufkommen im Landesdurchschnitt zwischen Mitte 2008 und Mitte 2009 um 3 Prozent zurückging und das Aufkommen der Stadt Köln in diesem Zeitraum noch um 0,8

Prozent gewachsen ist. Wir liegen also über dem Landesdurchschnitt. Unser Absturz ist kleiner als der der anderen. Das führt dazu, dass wir solidarisch noch etwas abgeben. Obwohl unsere Einnahmen abstürzen, zahlen wir drauf, weil der Absturz bei den anderen noch schlimmer ist. Uns geht es also relativ gut, aber absolut immer noch schlecht genug!

Im November wird es eine zweite Hochrechnung auf der Basis der dann tatsächlich zur Verfügung stehenden Verbundmasse geben. Auch in diesem Bereich wird die Verwaltung Anpassungen, wenn es diese braucht, vornehmen. Von einem weiteren Minus ist auch da auszugehen.

Die Ertragsausfälle im Steuerbereich treffen mit steigenden Aufwänden in einigen Pflichtbereichen zusammen. Das ist das Problem: Die Schere öffnet sich vor allen Dingen deshalb, weil die Einnahmen zurückgehen, aber die Pflichten, die wir haben, eher wachsen.

Ich nenne ein paar Beispiele:

Kosten der Unterkunft nach dem SGB II: Aufgrund der Wirtschaftskrise und den damit verbundenen steigenden Arbeitslosenzahlen müssen wir mit einem deutlichen Anstieg der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften in Köln rechnen. Der prognostizierte Mehrbedarf bei den Kosten der Unterkunft beträgt voraussichtlich 30 Millionen Euro. Diesen Mehraufwendungen steht eine derzeitige Beteiligungsquote des Bundes von 25,4 Prozent gegenüber, sodass eine zusätzliche kommunale Nettobelastung von 22,4 Millionen Euro verbleibt. Aber es gibt schon Beschlüsse des Bundeskabinetts, diese Beteiligung zu verringern. Das bedeutet, die Mehrbelastung wird voraussichtlich bei 23 Millionen Euro liegen.

Für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII wird es einen Mehrbedarf in der Größenordnung von 10 Millionen Euro.

Für Schulträgeraufgaben werden wir Mehraufwendungen von 15,8 Millionen brauchen. Wir legen Ihnen anschließend eine gedruckte Version aus, wo Sie das im Einzelnen aufgelistet finden. Die wirtschaftliche Erziehungshilfe wird ein Plus von 18,6 Millionen Euro erfordern. Der Personalaufwand im Jugendbereich braucht einen Mehrbedarf von 6,1 Millionen Euro. Und auch das Historische Archiv – der Oberbürgermeister hat es bereits angesprochen – wird uns mit Kosten konfrontieren, die wir in den Finanzplanungen natürlich nicht vorgesehen hatten; hier rechnen wir mit 10,7 Millionen Euro.

Unter Berücksichtigung dieser sowie einiger kleinerer Veränderungen ergibt sich der schon erwähnte vorläufige Fehlbetrag von 540 Millionen Euro.

Nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen ist der Haushalt auszugleichen. Das kann durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage geschehen. Man spricht dann von einem fiktiven Ausgleich. Nun werden sich viele fragen: Was ist denn überhaupt eine Ausgleichsrücklage? Die Ausgleichsrücklage ist kein Geld, das irgendwo in der Schatulle liegt. Sie ist eine zunächst einmal ebenfalls fiktive Größe, von der wir uns bedienen können. Die Ausgleichsrücklage kann nach § 75 Abs 3 GO „bis zur Höhe eines Drittels des Eigenkapitals“ gebildet werden, höchstens jedoch bis zu einem Drittel der Steuereinnahmen und allgemeinen Zuweisungen im Durchschnitt der drei Jahre, die dem Eröffnungsbilanzstichtag vorausgehen.

Für Köln ist, weil wir ein relativ hohes Eigenkapital haben, der kleinere Wert – der sich aus dem Drittel der Steuereinnahmen ergibt – maßgebend. Die Ausgleichsrücklage weist einen Wert von 615 Millionen Euro aus. Der ist einmalig im Hintergrund eine fiktive Größe, aus der man den Haushalt ausgleichen kann. Wenn es gutgeht, kann man sie wieder auffüllen; man kann sie aber nicht mehr als verbrauchen. Unter Berücksichtigung der Inanspruchnahme von den bereits für das Jahr 2009 genannten 125 Millionen blieben also von dieser Rücklage ungefähr 490 Millionen Euro, den wir noch zur Verfügung hätten. Ein vollständiger Ausgleich der eben genannten 540 Millionen Euro, die uns fehlen, wäre – das kann jeder ausrechnen – damit gar nicht möglich. Die Ausgleichsrücklage wäre weg. Wir müssten auch nicht mehr über die Fehlbeträge der nächsten Jahre reden. Das wäre der Nothaushalt ohne Wenn und Aber; einen Puffer für die nächsten Jahre gäbe es dann nicht mehr.

Im kameralen Rechnungswesen galt die Verpflichtung zum Haushaltsausgleich übrigens nur für das betreffende Haushaltsjahr. Im NKF erstreckt sie sich auf den gesamten Finanzplanungszeitraum. Ein Haushaltssicherungskonzept ist schon aufzustellen, wenn in zwei aufeinander folgenden Jahren auch nur geplant ist, den Ansatz der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel – also fünf Prozent – zu verringern.

Nach dem aktuellen Stand der Eröffnungsbilanz 2008 hat die allgemeine Rücklage einen Wert von knapp 6 Milliarden Euro; fünf Prozent davon sind 299,1 Millionen Euro. Weil die Planung der

Jahre 2011 folgende auf der Grundlage des hochdefizitären Jahres 2010 erfolgen muss, ergeben sich in den Folgejahren die nachstehenden Deckungslücken:

2011: 524,3 Millionen Euro,

2012: 471,2 Millionen Euro,

2013: 401,4 Millionen Euro.

Diese Fehlbeträge könnten nur durch die Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage ausgeglichen werden. Dabei würden, wie man leicht erkennen kann, die oben genannten Grenzen überschritten. In diesem Fall wäre die Stadt Köln zum Erlass eines Haushaltssicherungskonzeptes verpflichtet. Deshalb müssen wir alle Anstrengungen zur Beseitigung dieses strukturellen Defizits unternehmen.

Dafür haben wir zwei theoretische Stellschrauben: zum einen die grundlegende und dauerhafte Erhöhung auf der Ertragsseite, insbesondere beim Steueraufkommen,

(Beifall von Claus Ludwig [DIE LINKEN])

und/oder die drastische Reduzierung des städtischen Aufgabenbestandes und der Leistungsstandards. Es wird nur klappen, wenn es gelingt, an beiden Stellschrauben so zu drehen, dass das verträglich ist.

An den Stellschrauben zu drehen, heißt für mich nicht, die Steuersätze zu erhöhen, sondern mehr Steuereinnahmen zu erwirken, also mehr wirtschaftliche Aktivität in die Stadt zu bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes – und nur das bringt im Steuerbereich auf den ersten Blick spürbare Mehrerträge – wäre in der aktuellen wirtschaftlichen Situation meines Erachtens Gift. Durch eine solche Maßnahme würde der Standort unattraktiver, und Arbeitsplätze würden gefährdet. Einzelzentren wie München oder Hamburg, die höhere Steuersätze haben, oder Berlin, das deutlich geringere hat, hätten es einfacher, weil sie nicht so wie wir in direktem Wettbewerb mit vielen attraktiven Städten im direkten Umfeld. Bei einigen Ansiedlungen in den letzten Jahren haben wir mit diesem Argument durchaus bestehen können. Eine Anhebung in 2010 würde sich außerdem nur auf den Teilansatz der Vorauszahlungen auswirken. Die volle Wirkung würde sich erst nach mehreren Jahren entfalten. Dann kämen aber auch mögliche Reaktionen der

Unternehmen zum Tragen. Mein Plädoyer ist deshalb: Mehr Steuereinnahmen durch mehr Geschäft und nicht durch höhere Hebesätze.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Sehr schön!)

Ein Ausgleich des Defizits ausschließlich durch eine aufgaben- und leistungsstandardbezogene Aufwandsreduzierung zu erreichen, ist aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit nicht erfolgversprechend. Die alleinige Beseitigung des Defizits durch pauschale Kürzungen in allen Bereichen scheidet wegen des fehlenden strukturellen und systematischen Ansatzes als ausschließliche Maßnahme ebenfalls aus.

Die Verwaltung hat daher eine Kombination aus pauschalen und konkreten Überprüfungen angewandt, um die Gefahr des Haushaltssicherungskonzeptes zu bannen. Dabei haben wir die Kritik nach dem ersten Rechenlauf vom Juli – ich betone noch einmal: das war ein erster technischer Rechenlauf, der sich nur auf die Punkte bezogen hat, bei denen wir überhaupt die theoretische Möglichkeit haben, Einsparungen zu realisieren – aufgenommen und verarbeitet. Das Loch wird dadurch nicht kleiner. Es ist größer geworden, und die Pflichten, die uns daraus erwachsen, sind – mit anderen Zahlen garniert – dieselben oder größere.

Gegenüber den Anmeldungen der Fachdezernate berücksichtigt der Ihnen vorliegende Haushaltsplanentwurf jetzt Kürzungen im pflichtigen Bereich um 7,5 Prozent – da haben wir im Juli 5 Prozent genannt –, im freiwilligen Bereich um 12,5 Prozent – da haben wir 30 Prozent genannt –, und im grundsätzlich pflichtigen, der Höhe nach aber disponiblen Bereich statt 17 Prozent um 10 Prozent. In der Summe haben wir damit eine Verbesserung von rund 163 Millionen Euro erreicht, die auch in die Folgejahre fortgeschrieben wurde.

Ausgenommen von den Kürzungen wurden die Personalaufwendungen, wie im Juli übrigens auch schon, sowie die bilanziellen Abschreibungen, da in diesen beiden Bereichen kurzfristig kein Sparpotenzial enthalten ist.

Nun werden Sie angesichts dieser Zahlen sagen: Jetzt 7,5, 10 und 12,5 Prozent, vorher 10, 17 und 30 Prozent – na also, es geht doch. Ich sage: Ja, aber mit der Folge, dass wir über diese pauschalen Kürzungen hinaus wir jetzt die Dienststellen auffordern müssen, sämtliche Aufgaben sowie die damit verbundenen Standards auf Einsparmöglichkeiten zu überprüfen. Durch diese niedri-

geren Prozentzahlen stehen uns jetzt nämlich nur etwas mehr als 163 Millionen als Einsparvolumen zur Verfügung steht. Aber selbst dann, wenn wir einen etwas größeren Anteil aus der Ausgleichsrücklage nehmen, fehlen uns noch 220 Millionen Euro.

Ob das gelingt, werden die Beratungen der nächsten Wochen zeigen. Wir haben zunächst in dieser Größenordnung einen pauschalen Minderaufwand in den Haushaltsplanentwurf aufgenommen, der im Rahmen der Haushaltsplanberatungen durch konkreten Aufgaben- bzw. Standardabbau belegt werden muss. Das ist der Punkt, der in der Vergangenheit schon häufiger öffentlich mit „Chefgespräche“, „Task Force“, oder wie immer man das nennen will, belegt wurde. Wir müssen mit vereinten Kräften in die Details gehen und uns im Zweifel über diese Punkte streiten müssen, um 220 Millionen Euro abzubauen. Eine wichtige Voraussetzung für den Abbau ist Nachhaltigkeit, also Reduzierung in allen Finanzplanjahren. Nur durch den Abbau des strukturellen Defizits können wir die kommunale Handlungsfähigkeit nachhaltig sichern.

Mit der jetzt gewählten Vorgehensweise haben wir die Möglichkeit, auf positive oder negative Veränderungen bei den Erträgen und bei den Aufwendungen zu reagieren. Für das restliche Defizit in der Ergebnisrechnung von 153 Millionen Euro müssen wir, das sagte ich schon, zunächst die Ausgleichsrücklage in Anspruch nehmen. Wir haben eben schon gehört: 490 Millionen bleiben nach 2009. Dann haben wir noch einmal 150 Millionen weniger. Der Puffer, der dann für die mit Sicherheit ebenfalls schwierigen Folgejahre bleibt, wird klein. Das muss man im Hinterkopf behalten.

Nach den bereits zitierten Vorschriften des Haushaltsrechtes muss der fiktive Haushaltsausgleich auch in den Jahren 2011 bis 2013 hergestellt werden. Deshalb haben wir die Kürzungen bzw. den pauschalen Minderaufwand auch im Finanzplanungszeitraum berücksichtigt. Auf dieser Basis sind für 2011 noch rund 135 Millionen Euro aus der Ausgleichsrücklage zu nehmen und 2012 immerhin noch knapp 79 Millionen Euro. Die Finanzplanung für das Jahr 2013 schliesse dann mit einem geringen Überschuss von gerade einmal 2,5 Millionen Euro ab.

Per Saldo nehmen wir die Ausgleichsrücklage in den Jahren 2009 bis 2012 so immer noch mit mindestens 492 Millionen Euro in Anspruch. Bei einem Gesamtvolumen von 615 Millionen Euro ist erkennbar, dass diese Vorgehensweise mangels Masse nicht weiter fortgesetzt werden kann

und zwingender Handlungsbedarf für dauerhafte Konsolidierungsmaßnahmen besteht. Noch einmal: Die Ausgleichsrücklage ist eine „virtuelle“ Hilfe. Sie steht nicht in Form von Liquidität zur Verfügung. Wir haben keine Kasse, in der diese 615 Millionen sind. Die Inanspruchnahme hat also die Aufnahme von Kassenkrediten und damit zwangsläufig eine zusätzliche Belastung des Ergebnisplans durch Zinsaufwand zur Folge.

Wie stellt sich das Haushaltsvolumen nun konkret dar? Im Ergebnisplan werden für das Jahr 2010 Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit einschließlich Finanzerträge von 2.782,5 Millionen Euro stehen, auf der anderen Seite Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit einschließlich Zinsen und sonstiger Finanzaufwendungen in Höhe von 2.936,2 Millionen Euro. Das führt zu dem eben genannten Jahresergebnis von minus 153,7 Millionen Euro, die wir aus der Ausgleichsrücklage decken müssen.

Das andere Rechenwerk ist der Finanzplan. Er enthält neben den Zahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit, die aus den kassenwirksamen Veranschlagungen im Ergebnisplan resultieren, auch die Ein- und Auszahlungen für Investitionen und deren Finanzierung. Ich will nur kurz die Salden nennen. Wir reden in der Gesamtsumme über Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 2.669 Millionen Euro sowie Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 2.741 Millionen Euro. Im Saldo fehlen 72,5 Millionen Euro. Bei der Investitionstätigkeit werden wir einen negativen Saldo in der Größenordnung von 78 Millionen Euro haben. Die Finanzierungstätigkeit wird einen weiteren negativen Saldo von 17,7 Millionen Euro geben. Somit werden wir, weil die Ausgaben über den Einnahmen liegen, liquide Finanzmittel von 168,2 Millionen Euro benötigen.

In den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit sind 428 Millionen Euro an Kreditaufnahmen enthalten, davon sind 350 Millionen Umschuldung. Die Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit berücksichtigen 440,5 Millionen Euro zur Kredittilgung, davon 350 Millionen Euro im Zusammenhang mit Umschuldungen. Die jeweiligen Restbeträge resultieren aus der Hingabe und der Rückzahlung von städtischen Darlehen. Dabei erreichen wir dann eine Differenz zwischen Kreditaufnahme und -tilgung in Höhe von 12,5 Millionen Euro, mit denen wir die Schulden ein kleines Stück abbauen können.

In den Folgejahren sind Kreditaufnahmen und Tilgungen in folgender Höhe veranschlagt: Wir werden 2011 demnach Kredite in Höhe von 88,9

Millionen Euro aufnehmen und in Höhe von 86,9 Millionen Euro tilgen, was eine Zusatzverschuldung von 2 Millionen Euro bedeutet. Ich erinnere in diesem Zusammenhang noch einmal an den Wert, den der Oberbürgermeister eben mit dem Gespenst des Nothaushalts beschrieben hat: Selbst in diesem solide gerechneten Haushalt brauchen wir für 2011 89 Millionen Euro. 2012 sind es 81 Millionen Euro gegenüber 90 Millionen Euro; damit hätten wir einen geringfügigen Überschuss bei der Kredittilgung. Dasselbe würde für 2013 gelten. Unter diesen Umständen würden wir 83,5 Millionen Euro aufnehmen und 90,3 Millionen Euro tilgen.

Die gesetzlich normierte Forderung nach einem ausgeglichenen Haushalt bezieht sich nur auf den Ergebnisplan. Das oben ausgewiesene vorläufige Liquiditätsdefizit hat damit keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Haushaltsausgleich. Allerdings hat ein nicht ausreichender Kassenbestand Zinsaufwand zur Folge, weil wir Kassenkredite aufnehmen müssen, und das wiederum ist ausgleichsrelevant.

In den Jahren 2011 bis 2013 weist der Haushaltsplanentwurf im Finanzplan folgende Beträge an Liquiditätsdefizit, für die wir Kassenkredite aufnehmen müssten, aus: 152,4 Millionen Euro im Jahr 2011, 86,3 Millionen Euro im Jahr 2012 und 4,2 Millionen Euro im Jahr 2013. Das sind Belastungen, allerdings muss man klar sagen: Es gibt viele Städte in nicht allzu weiter Entfernung in Nordrhein-Westfalen, die sich mit enorm viel größeren Kassenkrediten in Milliardenhöhe quälen müssen. Daran kann man sehen, dass diese Städte jeder Handlungsfähigkeit beraubt sind.

Auch beim Vermögen können wir durchaus mit Zuversicht nach vorne gucken. Die Stadt Köln verfügt über eine Bilanzsumme von 16 Milliarden Euro. Der Eigenkapitalanteil beträgt etwa 40 Prozent. Damit stehen wir wirklich gut da. Aber die Stadt kann sich nicht darauf nicht ausruhen: Die aktuelle Entwicklung der Erträge zeigt deutlich, dass wir derzeit von unserer Substanz leben. Ohne eine nachhaltige Reduzierung bei den Aufwendungen wird sich das nicht ändern.

Im Klartext heißt das: Die Stadt nimmt im Verhältnis zu ihrer Ertragskraft zu viele Aufgaben mit einem zu hohen Leistungsstandard wahr. Ein Teil dieser Aufgaben ist ihr allerdings, das muss man sagen, ohne entsprechende Gegenfinanzierung von Bund und Land übertragen worden. Ich muss auch ganz deutlich sagen – da hat man mittlerweile viele übereinstimmende Meinungen -: Es werden ihr von Bund und Land, vor allem

vom Bund, wenn die jetzigen Koalitionsergebnisse umgesetzt werden, eine Reihe von Einnahmeverlusten übertragen werden. Noch mehr als in der Vergangenheit ist bei der Übernahme neuer Aufgaben eine kritische Auseinandersetzung mit der Frage notwendig: Rechtfertigt der erwartete Erfolg den entsprechenden Ressourceneinsatz, und sind die Prozesse optimal gestaltet? Es geht neben dem Ob vor allem auch um das Wie der Leistungserbringung.

Nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung sollen die Beteiligungen einen „Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen“. Ein Blick auf das Beteiligungsportfolio zeigt, dass diese Forderung nicht von allen Unternehmen, insbesondere nicht von denen im Sozialbereich, erfüllt werden kann. Neben einer angemessenen Gewinnausschüttung – soweit möglich – bedeutet das aber auch die Reduzierung der Zahlungen der Stadt auf das absolut Notwendige.

Der vorliegende Entwurf berücksichtigt eine Gewinnabführung der Stadtwerke GmbH von 70 Millionen Euro an den städtischen Haushalt. Das sind 30 Millionen Euro mehr, als in der Mittelfristplanung veranschlagt waren. Das ist an der oberen Grenze. Wir dürfen durch Gewinnausschüttungen die Zukunft der Unternehmungen nicht gefährden. Vereinfacht gesagt: Wir dürfen die Kuh, die wir melken wollen, nicht auszehren.

Der vorliegende Entwurf sieht auch die pauschale Kürzung der Betriebskostenzuschüsse an die Bühnen und das Gürzenichorchester sowie eine Reduzierung der Zuschüsse an den Zoo um 1 Million Euro und an die Sportstätten GmbH um 2,5 Millionen Euro vor. Ich weiß um die Brisanz dieser Vorschläge, aber alle, die Forderungen erheben – wie etwa im Kulturindex der vorletzten Woche –, dass bei einem Ressort gar nicht gespart werden darf, dürfen sich vor der Antwort auf die Frage „Wenn nicht bei mir, wo dann?“ nicht drücken. Diese Antwort muss man geben; sonst kann man nicht ernsthaft und seriös eine Debatte über die finanzielle Situation führen.

Die noch ausstehende Diskussion über die Aufgabenpalette und die Standards wird zeigen, ob die Vorgaben realisiert werden können. Es muss jedem klar sein, dass Einsparungen in dem notwendigen Umfang ausschließlich durch die Straffung von Prozessen nicht erzielt werden kann.

Meine Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister, die gerade genannten Fakten verdeutlichen nach meiner Ansicht den Ernst der Situation für die Stadt. Zusammen mit den Kölner Bürgerinnen und Bürgern können wir aber auch ei-

nen Lichtblick setzen – auch wenn es ein kleiner ist; es ist ein Ansatz, der in die Richtung weist –: Für den Haushalt 2008 haben wir erstmals einen Bürgerhaushalt durchgeführt. Er hat sich als ein echter Erfolg erwiesen.

(Lachen bei pro Köln)

Viele andere Städte fragen bei uns nach und nehmen den Bürgerhaushalt der Stadt Köln als Best-Practice-Modell für ähnliche Vorhaben. Fast 12.000 Teilnehmer haben sich am Verfahren beteiligt, sie haben 5.000 Vorschläge eingereicht. Dazu haben wir über 50.000 Bewertungen und über 9.000 Kommentare erhalten. Nicht nur Internetsurferinnen und Internetsurfer konnten sich beteiligen, die Vorschlagsabgabe war auch schriftlich oder telefonisch über das städtische Callcenter möglich.

Morgen wird der zweite Kölner Bürgerhaushalt mit einer Auftaktveranstaltung um 18 Uhr im Gürzenich starten. Dazu lade ich alle, die hier versammelt sind, herzlich ein. Die diesjährigen Themenschwerpunkte sind, wie vom Finanzausschuss beschlossen, „Schule/Bildung“ und „Umweltschutz“.

Gegenüber dem ersten Bürgerhaushaltsverfahren gibt es ein paar Veränderungen: In diesem Jahr können die Bürgerinnen und Bürger die Bewertung von Vorschlägen auch schriftlich vornehmen. Beim ersten Bürgerhaushaltsverfahren war es noch möglich, während des gesamten Zeitraums Vorschläge sowohl einzureichen als auch zu bewerten, was den Nachteil hatte, dass die zuletzt eingereichten nur noch ganz kurz bewertet werden konnten und damit im Prinzip keine Chancengleichheit gegeben war. Das werden wir diesmal teilen, um mehr Chancengleichheit zu schaffen. Während der ersten vier Wochen können wie bisher Vorschläge gemacht und bewertet werden, in der dann folgenden letzten Woche ist nur die Abgabe von Stimmen möglich. Deshalb wird die aktive Phase des Verfahrens eine Woche länger dauern.

Das gesamte Verfahren wird auf der Internetplattform nachvollziehbar dargestellt. Sobald für die 100 am höchsten bewerteten Vorschläge aus den beiden Teilbereichen die Stellungnahmen und Kostenermittlungen der Verwaltung vorliegen, werden sie auf der Plattform veröffentlicht. Auch die Beratungsergebnisse der Bezirksvertretungen, der Fachausschüsse, des Finanzausschusses sowie die Entscheidungen des Rates werden wir im Internet veröffentlichen. Danach stellen wir auch dar, wie die Umsetzung der Vorschläge vonstatten geht. Wir verfahren also ganz

nach der Devise, dass auch ein erfolgreiches Verfahren noch zu verbessern ist.

Lassen Sie mich zum Ende meiner Ausführungen Dank sagen, Ihnen meine Damen und Herren für die gute Zusammenarbeit in den zurückliegenden Monaten, meinen Kolleginnen und Kollegen im Stadtvorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Dezernates und der Kämmererei für gewiss spannende, aber auch mühevollen Arbeit an dem heute vorgelegten Haushaltsplanentwurf.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, ich bin mir sehr bewusst – das macht den Unterschied zu vielerlei ähnlicher Diskussion in einem Unternehmen aus –, dass jeder weniger ausgegebene Euro ein Euro ist, den jemand anderes nicht mehr bekommt. Ein Unternehmen in der gleichen Situation – davon gibt es, weiß Gott, viele – würde seine Zulieferer rigoros in Sparbemühungen einbeziehen, erst recht, wenn es Alternativen hätte und möglicherweise auf andere Zulieferer ausweichen könnte. Wir kennen genügend Fälle, in erster Linie aus der Automobilindustrie, in denen Auftragnehmer, die nicht mitziehen konnten, in Konkurs gegangen sind. Das kann die Stadt bei vielen ihrer Empfänger nicht, und sie kann es auch nicht wollen. Wir wollen weder einen Konkurrenzen für unseren Zoo noch für unsere Sportstätten, das Schauspiel, die Museen oder die vielen sozialen Einrichtungen. Die Verpflichtung gegenüber diesen Empfängern ist eine andere als die in der freien Wirtschaft. Das wissen wir. Trotzdem müssen auch all diese Empfänger jeden Spielraum zur Steigerung der Effizienz und zur Kostensenkung nutzen. Sonst droht ein Szenario, das ich mit einem Bild beschreiben möchte: Wir haben eben gehört, dass wir 16 Milliarden Euro an Vermögen haben. Man könnte sagen: Köln sitzt im Augenblick noch in einer gut gefüllten Badewanne. Es gibt nur zwei Probleme: Die Badewanne hat einen ziemlich großen Abfluss und keinen Stöpsel. Außerdem ist der Wasserhahn verstopft und tröpfelt nur; es kommt kein neues Wasser rein.

Die Ideen, die ich in der letzten Zeit gelesen, gehört und die in Gesprächen an mich herangetragen worden sind, liefern eigentlich alle darauf hinaus, dass man weitere Stöpsel aus der Badewanne zieht. Wohin das führt, muss ich wohl nicht näher beschreiben; das überlasse ich jetzt der Fantasie jeder einzelnen und jedes einzelnen. Am Schluss jedenfalls könnte es sein, dass man ziemlich bibbert. Deshalb ein Appell zunächst an die Bundesregierung – ich tue dies mit vielen Kämmerern großer und kleiner Städte zusammen; es war mir wichtig, dass das auch vom

Sachverständigenrat so gesehen worden ist –: Die Idee, mit Steuersenkungen so viel an Wirtschaftskraft andrehen zu können, dass wir am Schluss mehr haben als vorher, ist und bleibt eine Illusion.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen – Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist das Münchhausen-Prinzip!))

Das ist auch ein Stück Ideologie, und zwar von denen, die sonst eher schnell mal über die Ideologie anderer sprechen. Mein Appell also ist: Drehen Sie nicht den Hahn zu, der letztlich auch unsere Badewanne ein Stück füllt. Denn am Schluss gilt der Spruch eines großen Ökonomen, der gesagt hat: „There's no such thing like a free lunch“. Auf Kölsch übersetzt heißt das: Es gibt kein Freibier, das nicht von irgendjemandem bezahlt wird. Wenn man genau hinguckt, ist man es am Schluss selber gewesen.

Ein weiterer Appell geht an uns alle gemeinsam: insbesondere in den kommenden Haushaltsplanberatungen und bei den anstehenden Konsolidierungsentscheidungen alles Notwendige zu unternehmen, damit in und für Köln eine auf Dauer selbstbestimmte Kommunalpolitik gesichert bleibt. Für „nice to have“-Projekte, wie das heute so schön heißt, ist im Augenblick nicht die richtige Zeit. Wann, wenn nicht jetzt haben wir die Chance zu mutigen Schritten in Richtung von mehr Effizienz! Lassen Sie uns gemeinsam – auch mit Mut zu notwendigen Entscheidungen und Einschnitten – den richtigen Weg gehen und dabei nicht das Augenmaß für die Projekte und Vorhaben verlieren, die Köln zu einer besonderen und attraktiven Stadt machen. Wir sollten in der Lage sein und bleiben, im eingangs zitierten Vorstellungsgespräch auch durch ein gepflegtes Äußeres zu glänzen, um das große Interesse an dieser spannenden Stadt aufrechtzuerhalten und weiteres zu wecken, als Standort für Unternehmen, als Studienort und als Ort zum Arbeiten, Leben und auch zum Genießen!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Stadtkämmerer, für Ihre ausführlichen Ausführungen.

Meine Damen und Herren, zu der Einbringung des Haushaltsentwurfs liegt ein Beschlussvor-

schlag vor, wonach die Vorlage zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, in den Jugendhilfeausschuss, in den Integrationsrat und in den Finanzausschuss verwiesen werden soll. Gibt es hierzu Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Darüber hinaus liegt Ihnen, was die bezirksbezogenen Haushaltsmittel zum Haushaltsplan 2010 angeht, ein Beschlussvorschlag der Verwaltung und ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke gemeinsam mit Herrn Dr. Müser vor. Das ist TOP 2 der Tagesordnung.

Gibt es zum Änderungsantrag eine Wortmeldung? – Herr Detjen zur Begründung.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich keine großen Reden halten,

(Beifall bei pro Köln – Zurufe: Oh! – Andreas Köhler [CDU]: Dann tue es auch nicht!)

aber die Zeichen, die ich bekommen habe, machen es wohl doch nötig, dass ich ein paar Takte sage. Wir möchten darum bitten, dass unser Antrag nicht jetzt positiv oder negativ beschieden wird, sondern in die Haushaltsberatung überwiesen wird. Ich möchte noch einmal deutlich machen: Der Linken und dem Bürger-Bündnis geht es darum, einen Prozess, der uns wichtig ist, weiterzuführen, nämlich die Demokratisierung und Abschtichtung in Richtung der Bezirke. In dem Antrag geht es nicht darum, mehr Geld auszugeben, sondern es geht um eine Umschichtung zwischen Bezirken und Gesamthaushalt.

Wir fanden die Vorlage seitens der Verwaltung etwas hemdsärmelig und einfalllos. Sie verstößt unseres Erachtens auch gegen einen Ratsbeschluss.

Ich möchte das noch einmal kurz im Zeitablauf darlegen: 1994 gab es das erste Mal Haushaltsmittel für die Bezirksvertretungen. Das waren damals 150.000 Euro. Wenn man das auf heutige Verhältnisse umrechnet und die neun Bezirke addiert, wären das 700.000 Euro. Diese Summe stieg 2002 auf 769.000 und lag 2003 bei 730.000 Euro. Als im Jahr 2004 die Mittel auf 560.000 gekürzt wurden, beschloss der Rat – ich zitiere –:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Aufstellung der Haushaltspläne, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2005,

schrittweise die Ansätze des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes, über die die Bezirksvertretungen ... entscheidungsbefugt sind, zu erhöhen.

Als die Linke im März 2009 ihren Antrag zur Stärkung der Bezirksvertretung einbrachte und an diesen Beschluss erinnert, mussten die Grünen – ich zitiere – „zu ihrer Schande“ eingestehen, ihnen sei zu spät aufgefallen, dass obiger Beschluss im Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters als erledigt betrachtet worden ist. Vielleicht können sich der Kollege Frank und die Kollegin Moritz noch daran erinnern. Die Grünen forderten die Verwaltung auf, erneut in die Prüfung zu gehen und, ich zitiere, „dieses Prüfergebnis in absehbarer Zeit dem Rat und den zuständigen Ausschüssen zu präsentieren“. Anscheinend ist das jetzt passiert.

Schauen wir noch einmal ins Protokoll der Ratsitzung:

*Oberbürgermeister Fritz Schramma:* ... Wenn seitens des Rates Aufstockungsbedarf besteht, dann kann das natürlich im Rahmen der nächsten Haushaltsplanungen geprüft werden. Ich würde die Kämmerei bitten, Ihnen dazu einen Vorschlag zu unterbreiten. Das ist aber nicht unbedingt ein Thema, bei dem wir heute entscheiden müssen, Herr Detjen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Für 2010!)

Das ist die Realität.

Der Kollege Frank sagt, die Grünen würden dem Antrag nicht zustimmen – darum geht es aber auch gar nicht; es geht darum, ihn in die Haushaltsberatungen zu verweisen –, weil damit ein falsches Zeichen gesetzt würde. Sie setzen ein falsches Zeichen! Es geht nicht darum, hier mehr Geld auszugeben, sondern es geht um einen Prozess der Demokratisierung, hin in Richtung Bezirksvertretungen. Das voranzutreiben, ist nun wirklich ganz leicht. Wenn Sie das blockieren, indem Sie diesen Antrag ablehnen – Sie müssen ja gar nicht dafür stimmen; das haben Sie in den Haushaltsberatungen in der Hand –, dann setzen Sie im falsches Zeichen, weil Sie keine Demokratisierung der Haushaltsmittel in Richtung Bezirke wollen. Das kann man morgen bei der Veranstaltung zum Bürgerhaushalt gut diskutieren.

Ich hatte mir gedacht, das sei ein einfaches Unterfangen. Es war eine Anregung von uns. Aber wenn Sie daraus eine Prinzipdiskussion machen wollen – bitte, dann können Sie die gerne kriegen. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Granitzka.

**Winrich Granitzka (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die vier Fraktionen CDU, SPD, Grüne und FDP möchten den Vorschlag der Verwaltung in die Haushaltsplanberatungen überweisen. Wir lehnen allerdings den Änderungsvortrag, den Herr Detjen hier gerade begründet hat, ab, und zwar deswegen, weil er Demokratie nur insinuiert, obwohl er damit überhaupt nichts zu tun hat. In den Haushaltsplanberatungen können wir in der Sache durchaus beraten. Was die Verwaltung jetzt vorgeschlagen hat, ist eine maßvolle Reduzierung.

In dem Antrag sehe ich aber 200.000 Euro draufgesattelt. Das ist genau das, was der Kämmerer eben gebeten hat, nicht zu tun: einen neuen Stöpsel zu ziehen. Sie sagen überhaupt nichts dazu, woher Sie das Geld nehmen wollen, sondern satteln einfach nur drauf.

Wenn Sie eben Zitate von 2005 verwendet haben, dann muss ich sagen: Das war eine Zeit, in der man noch darüber nachdenken konnte, Geld zu verteilen. Das ist jetzt anders. Herr Frank oder Frau Moritz können dazu gleich noch selbst etwas sagen.

Die vier großen Fraktionen werden jedenfalls diesen Antrag ablehnen. Aber in den Haushaltsplanberatungen werden wir natürlich auf das Phänomen der Verteilung zurückkommen. – Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Granitzka. – Herr Frank hat sich kurzfristig gemeldet.

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Da Herr Detjen beim Antrag von Linken und Herrn Dr. Müser offenbar Äpfel mit Birnen verwechselt, ist es schon notwendig, einige Sätze zu sagen.

Die Vorlage der Verwaltung, die wir jetzt verweisen wollen, beinhaltet eine Summe von 504.000 Euro, ist also um 10 Prozent abgesenkt worden; vormals waren es 530.000 Euro. Diese Mittel beschreiben nicht die Haushaltskompetenz der Bezirksvertretungen. Da scheint der Herr Detjen nicht aufgepasst zu haben. Diese Mittel sind faktisch Verfügungsmittel für die einzelnen Bezirksvertretungen, um Initiativen, Karnevalsvereine und anderes mit kleinen Summen zu unterstützen. Neutral kann man sagen, dass es sich um eine bezirksorientierte Landschaftspflege handelt. Diese zur Verfügung stehenden Beträge sind relativ gering.

Dass die Verwaltung vorschlägt, auch hier um 10 Prozent zu kürzen, liegt in der Logik des Kämmerers. Ob es dazu kommt, bedarf einer Beratung und Entscheidung des Rates. Deshalb verweisen wir die Vorlage; die Entscheidung ist noch nicht gefallen. Was aber Herr Detjen vorgebracht hat, ist vom Inhalt des Antrags gar nicht gedeckt. Sein Antrag will, den Bezirken aufgrund der schwierigen Haushaltslage noch einmal 200.000 Euro mehr an Verfügungsmitteln zu geben. Wie man das begründen kann, weiß wahrscheinlich selbst Herr Detjen nicht.

(Manfred Wolf [FDP]: Hat er ja auch nicht begründet!)

Er erklärt das damit, dass darüber die Kompetenz der Bezirksvertretungen ausgedehnt würde. Liebe Leute von den Linken, dann hättet ihr einen anderen Antrag stellen müssen. Dann hättet ihr beantragen müssen, dass die Bezirke an der Entscheidung über bestimmte Produktbereiche beteiligt werden. Das heißt, dass in bestimmten Bereichen die Haushaltsbeträge verifiziert und identifiziert würden, die rein bezirksorientiert sind, und dass über diese Maßnahmen dann allein vom Bezirk entschieden würde. Das bedeutet aber auch, dass dort über Konsolidierung, über Kürzungen, entschieden werden müsste. Es heißt nicht, dass er deshalb mehr Geld zur Verfügung hat. Nein, er müsste zum Beispiel entscheiden, ob eine Straßensanierung entfällt oder auf welchen Teilen sie noch saniert wird.

Der Antrag der Linken ist also nur eine Mixtur aus krudem Populismus und Unkenntnis. Allein schon deshalb ist dieser Antrag nichts wert. Deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU und FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Dr. Müser, bitte.

**Dr. Martin Müser** (Freie Wähler – Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das kann man natürlich so nicht stehen lassen.

Es mag sein, dass Ihnen, Herr Frank, ein bisschen Erfahrung aus den Bezirksvertretungen fehlt, dass Sie einfach nicht wissen, wie Bezirksvertretungen arbeiten, vor allem wie engagiert sie sind und wie hart sie darum ringen, wenn es gilt, Mittel zu verteilen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben es auch nicht verstanden!)

Wenn Sie hier den Begriff der bezirksorientierten Landschaftspflege benutzen, dann tun Sie gerade so, als wäre das eine Wohlfahrtsveranstaltung und die Bezirksvertreter würden nur nach Laune Lustprojekte finanzieren oder auch nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Das zeigt, wes Geistes Kind Sie sind und wie wenig Sie die Arbeit der Bezirksvertretungen achten. Tatsächlich aber geht es vor allem darum, engagierte Bürger mit den notwendigen Mitteln auszustatten, damit sie auch ihr Engagement fortführen können.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber das sind doch nicht die bezirksorientierten Mittel!)

- Frau Moritz, gehen Sie mal in Bezirksvertretungen,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich war fünf Jahre in der Bezirksvertretung!)

dann werden Sie sehen, wie viele der Mittel tatsächlich dafür eingesetzt werden, um Kürzungen des Rates wieder auszugleichen – um Spielplätze, die nicht mehr gepflegt werden, zu pflegen und so weiter. Ich rate Ihnen, einmal in die Bezirksvertretungen zu gehen. Sie werden feststellen, dass es nicht darum geht – wie Herr Frank sagt –, Karnevalsvereinen Lustobjekte zu finanzieren. Es geht darum, engagierten Bürgern zu ermöglichen, sich einzubringen.

Das ist auch der Hauptpunkt, weswegen ich hier nach vorne gekommen bin. Herr Oberbürgermeister, Sie haben in Ihrer Haushaltsrede davon

gesprochen, Sie wünschten sich, auch wenn wir unter den finanziellen Rahmenbedingungen zu leiden haben, dass wir nicht nur über Geld sprechen, sondern auch über Strukturen, Positionierungen und Erfolgsfaktoren. Danach haben Sie eine ganze Liste von Großprojekten aufgeführt, angefangen vom Opernhaus bis zum Jüdischen Museum, die Sie weiter prioritär verfolgt haben möchten.

Den wichtigsten Erfolgsfaktor, den die Stadt Köln hat, habe ich bei Ihnen ganz vermisst, nämlich die Bürger. Ich finde das nicht gerade sehr ermutigend, zumal wir die Bürger in schwierigen Zeiten umso mehr fördern müssen. Je weniger Geld wir haben, umso mehr werden wir darauf bauen müssen, dass die Bürger gewisse Leistungen selbst wahrnehmen. Sie müssen für sich selbst wesentlich mehr sorgen, als es sich Stadtverwaltung und Rat gewünscht haben. Sie aber gehen hin und sagen nichts dazu, wie das passieren soll und was Ihr Beitrag ist.

(Zurufe: Zur Sache! – Zum Antrag!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Dr. Müser, kommen Sie zu Ihrem Antrag zurück.

**Dr. Martin Müser** (Freie Wähler – Kölner Bürger-Bündnis): Herr Helling hat im September dieses Jahres sehr deutlich ausgeführt, dass jeder Euro, den wir in das bürgerschaftliche Engagement stecken, den höchsten Return on Invest hat, also den stärksten Erfolgsfaktor darstellt. Deswegen ist es mehr als sinnvoll, dies mit den Mitteln, die dem Rat zur Verfügung stehen, zu bewältigen.

Zum zweiten Mal hat Herr Frank falsch gelegen mit seiner Behauptung, das komme oben drauf. Es geht nicht darum, den Haushalt auszuweiten. Lediglich die Verfügungsgewalt des Haushaltes soll anders organisiert werden, und zwar so, dass die Erfolgsfaktoren, die die Stadt Köln hat, am besten aktiviert werden. Das ist nun mal der Fall, wenn die Bürger selbst entscheiden, also die Bezirksvertretungen vor Ort. Das hat nichts mit Landschaftspflege zu tun, sondern damit, dass die lokale Verankerung das wesentliche Merkmal von bürgerschaftlichem Engagement ist. Deswegen ist es vollkommen richtig, diese Mittel aufzustocken. Nur so wird auch in schwierigen Zeiten das Leben in Köln weitergehen. Unsere Forderung bleibt weiter bestehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Abschließend noch Herr Wiener.

**Markus Wiener** (pro Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin schon etwas verwundert, wie despektierlich Kollege Frank über die Bezirksvertretungen spricht. Vielleicht sollte er mal lieber nicht so sehr von sich selber auf andere schließen.

(Beifall bei pro Köln)

Wenn es in der Kommunalpolitik noch Idealisten gibt, dann ganz sicher eher in den Bezirksvertretungen als hier im Rat; das muss schon deutlich gesagt werden.

(Beifall bei pro Köln)

Auch der Kollege Granitzka hat anscheinend wichtige christdemokratische Prinzipien vergessen. Es ist doch gerade im Sinne der Subsidiarität, den Bezirksvertretungen, die näher am Bürger dran sind, etwas mehr Möglichkeiten zu geben, gestalterisch einzugreifen. Das Subsidiaritätsprinzip kommt doch aus der katholischen Soziallehre, ist also ein urchristdemokratisches Prinzip. Das sollte Herr Granitzka eigentlich wissen.

Natürlich ist dieser Antrag sinnvoll und maßvoll. Wenn wir die Gesamtsummen des Haushalts sehen, fällt das prozentual sicher nicht allzu sehr ins Gewicht. Die Bezirksvertretungen, die vor Ort am besten wissen, wo der Schuh drückt, können mit diesen relativ geringen Summen im Kleinen Sinnvolles bewegen.

Die Fraktion pro Köln ist der Meinung, dass das ein unterstützenswertes Anliegen ist. Man sollte das mit Wohlwollen beraten und, wenn es irgendwie geht, umsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag. Der weitergehende Antrag ist der Antrag der Linken und von Herrn Dr. Müser. Wer stimmt für diesen Antrag? – Die Linke, Herr Dr. Müser, Herr Zimmermann und pro Köln. Wer ist gegen diesen Antrag? – SPD, Grüne, CDU, FDP. Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über den Verweisungsantrag ab. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der

Fall. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltung bei der Linken und Herrn Dr. Müser. Damit ist die Verweisung so beschlossen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren! Für heute, den 16.11., sind wir am Ende der Ratssitzung. Ich lade für den 19.11. ein. Da können wir uns auf eine etwas längere Zeit einstellen.

**Schluss: 18.33 Uhr**